

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN-GLEICHHEIT

1/2020



HANAU
19-02-2020

Gökhan Gültekin

Sedat Gürbüz

Said Nesar Hashemi

Mercedes Kierpacz

Hamza Kurtović

Vili Viorel Păun

Fatih Saraçoğlu

Ferhat Unvar

Kaloyan Velkov

Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Wir halten zusammen. Wir werden uns den Feinden unserer Demokratie mit aller Kraft entgegenstellen. Immer und überall.

Giovanni Pollice, Vorsitzender



Setzt ein Zeichen gegen Hass und Gewalt, für Demokratie und Vielfalt

Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2020/21 ausgeschrieben

Im Februar startete der bundesweite Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2020/21 des Kumpelvereins. Bereits zum 14. Mal wurden Auszubildende, Berufsschüler*innen, und junge Gewerkschafter*innen dazu aufgerufen, sich am Wettbewerb zu beteiligen und mit kreativen Projekten und Aktionen ein Zeichen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen. Aufgrund der momentanen Krisensituation bedingt durch das Corona-Virus wird der Wettbewerb bis in das nächste Jahr verlängert, das heißt: Es können noch bis zum 15. Januar 2021 Wettbewerbsbeiträge eingesandt werden. Bei der Wahl der Form des Beitrags sind die Teilnehmer*innen frei, ob eine Aktion im Betrieb oder ein kurzes Video – ihrer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Die besten Beiträge werden mit Geldpreisen prämiert.

Die Schirmherrschaft über den Wettbewerb 2020/21 übernehmen der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann und der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Andreas Bovenschulte.

„Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen wird die Stärkung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie einer solidarischen Gesellschaft ohne Hass und Ausgrenzung immer wichtiger“, unterstreicht Bovenschulte in seinem Grußwort an die Wettbewerbsteilnehmer*innen. Das Ziel sei eine Gesellschaft ohne spaltende und rassistische Rhetorik, ohne Hetze, Angst und Gewalt. Bovenschulte fordert alle dazu auf, zu widersprechen, wenn die Grundwerte der Gesellschaft infrage gestellt werden: „Jede und jeder ist aufgerufen, sich aktiv einzusetzen für den Schutz der Menschenwürde, für Respekt und Anerkennung.“

Für Reiner Hoffmann sei es erschreckend, wie sich das politische Klima der letzten Jahre ver-



änderte: „Wir erleben Hass und Ausländerfeindlichkeit, rassistische und antisemitische Übergriffe und einen parlamentarisch verfestigten Rechtspopulismus, den ich nicht mehr für möglich gehalten hätte.“ Hoffmann ruft in seinem Grußwort dazu auf, diesem Zustand entschlossen entgegenzutreten und betont die Rolle des DGB und des Kumpelvereins in diesem Kampf: „Der Verein kämpft für eine friedliche, offene Gesellschaft und ist ein fester und unheimlich wichtiger Bestandteil der gewerkschaftlichen Arbeit. Das ist gelebte Solidarität, dafür steht der DGB seit seiner Gründung vor über 70 Jahren.“

Die Preisverleihung findet in Anwesenheit der Schirmherren, der Preisstifter*innen und der Vertreter*innen aus Gewerkschaften, Politik und Zivilgesellschaft am 19. März 2021 im Bremer Rathaus statt. Das Bremer Rathaus ist nicht nur der Sitz der Staatskanzlei, sondern auch Weltkulturerbe der UNESCO.

Mehr Informationen zum Wettbewerb, u. a. die Grußworte der Schirmherren, die Teilnahmebedingungen, die prämierten Beiträge der letzten Jahre und die Aufstellung der Preise findet ihr unter www.gelbehand.de/wettbewerb



Schirmherr des Wettbewerbs, Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB: „Der Verein (...) ist ein fester und unheimlich wichtiger Bestandteil der gewerkschaftlichen Arbeit.“

(Foto: © DGB/Detlef Eden)



Schirmherr des Wettbewerbs, Dr. Andreas Bovenschulte, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen: „Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können.“

(Foto: © Bovenschulte)

Kompetenznetzwerk „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“

Ein Demokratieprojekt aus der gewerkschaftlichen Mitte

Seit Januar läuft die zweite fünfjährige Förderphase im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Gefördert werden lokale Partnerschaften für Demokratie, Landes-Demokratiezentren, Modellprojekte und Kompetenznetzwerke. Auch der Kumpelverein ist dabei.

Gemeinsam mit dem DGB Bildungswerk Bund e.V., der DGB Jugend sowie dem Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH wird der Kumpelverein als Kompetenznetzwerk „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ gefördert und somit wirkt das Netzwerk in allen Sektoren der Berufsausbildung: betriebliche und schulische Ausbildung, die Praxisphase im dualen Studium sowie das Übergangssystem. Zu seinen Aufgaben gehören vor allem die vorhandene Expertise, Strukturen und Instrumente zu bündeln und weiterzuentwickeln, sei es durch Vernetzungstagungen, neue Materialien oder gezielte Schulungen für die Zielgruppen. Geplant ist darüber hinaus ein Fachbeirat aus Vertreter*innen der Gewerkschaften, Jugend, Wissenschaft und weiteren Bereichen der Arbeitswelt und Wirtschaft.



Die Fachstelle Fachpersonal in voller Mannschaftsstärke, v. l.: Heide Siepmann, Dr. Klaudia Tietze, Arzu Simsek, Heidemarie Bruno, Caglar Ekici.

Strukturell gliedert sich das Kompetenznetzwerk in die Fachstelle Peer-Ansätze (Jugend-für-Jugend-Ansatz) des DGB Bildungswerkes Bund und der DGB Jugend, die Fachstelle Demokratieförderung im Übergangssystem von Minor und die Fachstelle Fachpersonal vom Kumpelverein. Die Koordination der vielfältigen Arbeit übernimmt das DGB Bildungswerk Bund mit Anna Bruckner als Leiterin. Sie ist politische Referentin beim DGB Bundesvorstand und dort für die Antidiskriminierungsarbeit der DGB Jugend zuständig.

Die Fachstelle Fachpersonal im Zuständigkeitsbereich des Kumpelvereins richtet sich an (pädagogische) Betreuungspersonen an den Lernorten Ausbildungsbetrieb und berufsbildende Schule. Sie wird in den nächsten Jahren transferorientierte Unterrichtsmaterialien und Qualifizierungsseminare in den noch gar nicht oder nicht ausreichend bearbeiteten Bereichen der Demokratieförderung in der beruflichen Bildung entwickeln sowie Fachtagungen organisieren. Sie bietet auch die Möglichkeit an, erprobte und erfolgreiche Ansätze bundesweit auszutauschen, verfügbar zu machen und in die Regelstrukturen zu transferieren.

„Im Jahr 2020 widmen wir uns in der Fachstelle der großen Bedarfsanalyse. Unsere Projektreferent*innen Heide Siepmann und Caglar Ekici haben bereits die Bestandsanalyse abgeschlossen und bereiten aktuell in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und in Kooperation mit den Gewerkschaften



Bundesministerin Giffey überreicht die Förderurkunden anlässlich der Auftaktveranstaltung im Bundesfamilienministerium: v. l.: Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann, Geschäftsführer Minor gGmbH, Claudia Meyer, Geschäftsführerin DGB Bildungswerk Bund, Dr. Franziska Giffey, Bundesfamilienministerin, Dr. Klaudia Tietze, Geschäftsführerin Kumpelverein. (Copyright: Florian Gaertner/photothek.net)

ten Interviews mit Lehrer*innen und Ausbilder*innen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen vor“, sagt Dr. Klaudia Tietze, Geschäftsführerin des Kumpelvereins, die auch die Fachstelle Fachpersonal leitet. „Auf der Basis dieser Interviews wird im nächsten Schritt eine große bundesweite Umfrage unter Berufsschullehrer*innen und Ausbilder*innen durchgeführt, um zu erfahren, welche Bedarfe es unter dem Fachpersonal gibt. Danach werden wir unser Angebot richten“, so Tietze weiter. Parallel dazu arbeitet das Projektteam an dem Aufbau einer großen Informationsplattform, die den Lehrer*innen an berufsbildenden Schulen und Ausbilder*innen schnellen Zugriff auf vorhandene Literatur, Unterrichtsmaterial, Beispiele aus der Praxis usw. ermöglicht. Mehr Informationen zur Fachstelle Fachpersonal unter <https://www.gelbehand.de/informiere-dich/demokratieforderung-in-der-beruflichen-bildung/>

Aktiv gegen Rassismus

Workshop mit der JAV DB Regio in Fulda

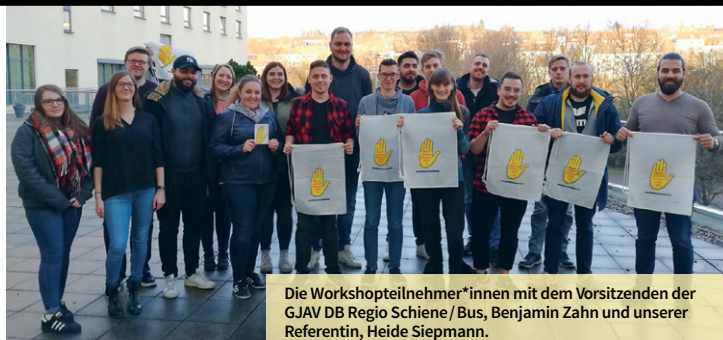
Anfang Februar war die Gelbe Hand bei der Gesamt-JAV-Sitzung der DB Regio in Fulda eingeladen. „Es war toll, so viele engagierte junge Menschen aus allen Teilen Deutschlands zu treffen, die bereit sind, Rassismus auch in ihrem Arbeitsalltag die Stirn zu bieten“, berichtet unsere neue Referentin Heide Siepmann, die seit Januar beim Kumpelverein arbeitet.

In einem zweieinhalbstündigen Workshop setzten sich die jungen Teilnehmer*innen in Fulda intensiv mit dem Thema „Aktiv gegen Rassismus – Handlungsmöglichkeiten nutzen“ auseinander. Zu Beginn des Workshops wurden die besten Handlungsmöglichkeiten erörtert und diskutiert, was eine JAV tun kann, wenn Azubis aufgrund von Rassismus ungleich behandelt

werden und was die richtigen Schritte sind, wenn ein Azubi mit rassistischen Sprüchen auffällt. Anschließend entwickelten die jungen

Aktiven in der Arbeitsgruppenphase Ideen für zukünftige Projekte gegen Rassismus.

Die Jugendauszubildenden Vertreter*innen äußerten den Wunsch, Engagement gegen Rassismus zukünftig stärker und langfristiger in der Ausbildung zu verankern. Allen war es ein Anliegen, auch über den Workshop hinaus in ihren Betrieben vor Ort weiter am Thema zu arbeiten und auch bei anderen ein Bewusstsein



Die Workshopteilnehmer*innen mit dem Vorsitzenden der JAV DB Regio Schiene / Bus, Benjamin Zahn und unserer Referentin, Heide Siepmann.

für die Thematik zu stärken. „Gerade wir Jugendvertreter müssen uns aktiv gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen. Da leider auch bei diesem Thema sich u. a. der Arbeitgeber immer mal wieder quer stellt, gelingt dies nur mit dem richtigen Handwerkszeug. Daher bin ich sehr froh, dass wir diesen Workshop durchführen konnten“, betont Benjamin Zahn, Vorsitzender der JAV DB Regio Schiene / Bus.

Gesicht zeigen – Stimme erheben!

25 Jahre Internationale Wochen gegen Rassismus vom 16. bis 29. März



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS



Die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 16. bis zum 29. März 2020 standen unter dem Motto „Gesicht zeigen – Stimme erheben“, sie standen aber auch leider im Zeichen der Corona-Pandemie. Geplant waren in diesem Jahr über 3.500 bundesweite Veranstaltungen, darunter 1.700 Freitagsgebete in Moscheen. Über 200.000 Menschen nahmen im letzten Jahr an den Aktivitäten teil. Viele der Veranstaltungen konnten aber in diesem Jahr aus Gründen der gesundheitlichen Vorsorge im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Corona-Virus nicht stattfinden. Auch die vorgesehene Auftaktveranstaltung im Bundeskanzleramt musste ebenso wie zentrale Veranstaltungen der Gewerkschaften, z. B. der IG BCE in Ludwigshafen und der IG Metall in Frankfurt a.M., abgesagt werden. „Gesicht zeigen – Stimme erheben“ – das ging in digitalen Zeiten aber auch online. Für Beiträge in den Sozialen Medien wurden die Hashtags #GesichtzeigenStimmeerheben; #InternationaleWochengegenRassismus; #IWgR und #Wirsindallemittendrin auch von vielen Gewerkschafter*innen verwendet, um ein Zeichen zu setzen.

Die Internationalen Wochen werden jährlich rund um den 21. März organisiert, dem „Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung“, der von den Vereinten Nationen zur Erinnerung an das Massaker von Sharpeville in Südafrika 1960 ausgerufen wurde. In Deutschland finden die Aktionen gegen Rassismus im Rahmen der UN-Wochen seit 25 Jahren statt. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen – nach den rassistischen Anschlägen und Gewalttaten Anfang der 1990er Jahre wurde 1994 der Interkulturelle Rat ins Leben gerufen, ein Gremium von Migrationsexpert*innen mit dem Ziel, einen Beitrag im Kampf gegen Rassismus zu liefern. Gründungsmitglied war damals auch unser Vorsitzender Giovanni Pollice, zu der Zeit beim DGB Bundesvorstand zuständig für Migrationspolitik. Im Jahr darauf, 1995, begannen die ersten Aktivitäten im Zuge der UN-Wochen gegen Rassismus. Seit 2014 werden die Aktionen von der gleichnamigen Stiftung gegen Rassismus koordiniert. Stiftungsvorstand Jürgen Micksch erinnerte sich anlässlich des Jubiläums an die schwierigen Anfangszeiten: „Damals wurde abgestritten, dass es nach dem Nationalsozialismus in Deutschland wieder Rassismus gebe.“ Nach den Morden des NSU, nach Halle und Hanau würde das heute nicht mehr bestritten. In den vergangenen Jahren gab es immer mehr Aktivitäten gegen Rassismus, weltweit gibt es in Deutschland mittlerweile die meisten Veranstaltungen.

Die Stimme zu erheben, ist in diesen Zeiten wichtiger denn je, befand der offizielle Botschafter der diesjährigen UN-Wochen, der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann: „Eine Gesellschaft, deren Sprache durch Hass geprägt wird, die keine Tabus mehr kennt und in der völkisch-nationalistisches Gedankengut und die Hetze gegen ‚die Fremden‘ um sich greifen, bereitet Fanatismus und Gewalt den Boden. Das ist eine der zentralen Lehren, die wir aus der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten ziehen müssen. Deswegen stellen wir uns mit aller Entschlossenheit gegen jede Art von Faschismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Wir alle sollten uns einsetzen für ein solidarisches Miteinander, das keine Ausgrenzung aufgrund von Herkunft, Religion, Hautfarbe oder sexueller Orientierung kennt. Zusammen können wir der demokratischen Mitte unserer Gesellschaft eine starke Stimme verleihen.“

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) appellierte anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus an die demokratischen Parteien und im Bildungsbereich Beschäftigten, rassistische Gewalt und Hetze auf allen Ebenen entschieden zu bekämpfen. „Wir müssen uns für die Menschenrechte und eine humane Asyl- und Flüchtlingspolitik stark machen sowie konsequent Haltung zeigen. Unsere Geschichte lehrt uns: Menschenrechte sind unteilbar und müssen insbesondere in Zeiten, in denen rechtspopulistische und -extremistische Kräfte erstarken, geschützt und verteidigt werden. Die jüngsten rechtsterroristischen Anschläge in Deutschland führen uns dies in aller Brutalität vor Augen. Der zunehmende Alltagsrassismus ist beängstigend und macht vor Bildungseinrichtungen nicht Halt. Dem dürfen wir nicht tatenlos zusehen“, erklärte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

Mehr Infos zur Geschichte der Internationalen Wochen gegen Rassismus sowie zu aktuellen Kampagnen und Materialien findet ihr unter: <https://stiftung-gegen-rassismus.de/>

Wenn Herkunft doch eine Rolle spielt

ver.di-Veranstaltung am 6. März im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus

Seit der Kölner Silvesternacht 2015/16 sind die Medien in Deutschland verstärkt dem Vorwurf ausgesetzt, dass sie Straftaten von Eingewanderten und Geflüchteten verschweigen oder verharmlosen würden. Viele Medien sind seitdem dazu übergegangen, die Herkunft von Tatverdächtigen öfter oder pauschal zu nennen. Das war der thematische Hintergrund der Veranstaltung mit dem Titel „Wenn Herkunft doch eine Rolle spielt. Trägt die Erwähnung der Nationalität von Tatverdächtigen bei Gewalttaten zu einer wahrheitsgetreuen Berichterstattung bei?“, die am 6. März in der ver.di-Hauptverwaltung in Berlin stattfand und vom ver.di-Bundesmigrationsausschuss im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus organisiert wurde. Zur Rolle und Verantwortung der Medien diskutierten auf dem Podium Thomas Hestermann, Professor an der Hochschule Macromedia, Cornelia Berger, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalist*innen-Union in ver.di und Konstantina Vassiliou-Enz, Journalistin und Geschäftsführerin der Neuen deutschen Medienmacher*innen, ein Verein von Medienschaffenden mit und ohne Migrationsgeschichte. Moderiert wurde die Veranstaltung von Romin Khan, migrationspolitischer Referent bei ver.di und stellvertretender Vorsitzender der Gelben Hand. In seiner Studie hat Journalistikprofessor Hestermann eine überproportionale Nennung von Migranten nachgewiesen: „Die Herkunft wird



v.l. Prof. Thomas Hestermann, Hochschule Marcomedia, Konstantina Vassiliou-Enz, Neue deutsche Medienmacher*innen, Hussein Jinah, Mitglied im ver.di Bundesmigrationsausschuss, Cornelia Berger, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalist*innen-Union, Romin Khan, Referent bei ver.di u. stellvertr. Vorsitzender der Gelben Hand. (Foto: © Christian von Polentz)

nicht nur dann erwähnt, wenn die Tatverdächtigen Ausländer sind.“ Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2018 kommen zwei deutsche Tatverdächtige auf eine Ausländer*in. Im Fernsehen ist das Verhältnis 1:8, in Zeitungsberichten werden ausländische Tatverdächtige bis zu 32 Mal so häufig erwähnt, wie es ihrem statistischen Anteil entspricht. Wendepunkt sei die Kölner Silvesternacht gewesen. Danach hätte der Deutsche Presserat den Pressekodex geändert – statt Sachzusammenhang ist nun das öffentliche Interesse für die Nennung der Nationalität ausschlaggebend. Das hätte in der Folge, so Hestermann, zu einer Verzerrung in der Berichterstattung geführt, was auch als Zurückweichen vor dem Druck der AfD gewertet werden könne. Cornelia Berger, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalist*innen-Union in ver.di, verteidigte den im Presserat gefundenen Kompromiss, den Gewerkschaften mitausgehandelt haben, sieht die Entwicklungen seither jedoch kritisch und fordert ein, Verstöße der Redaktionen öfter zu melden und Haltung gegen Hass und Hetze zu zeigen. Konstantina Vassiliou-Enz, von den Neuen Deutschen Medienmacher*innen, kritisierte die pauschalen Verdächtigungen von ganzen Nationalitäten und rief auf, durch präzise Berichterstattung dem etwas entgegenzusetzen. Unser stellvertretender Vorsitzender, Romin Khan, sieht in einer diskriminierenden Berichterstattung auch eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: „Wenn in den Medien pauschal die Herkunft von Tatverdächtigen genannt wird, ist das Wasser auf die Mühlen einer wachsenden Gruppe in der Gesellschaft, die glaubt, dass die Gründe für soziale Missstände grundsätzlich in der Frage von Herkunft und Zugehörigkeit zu finden sind.“ Diesen Trend dürften die Medien nicht einfach mitmachen, sondern müssen ihrer Verantwortung nachkommen, in der Einwanderungsgesellschaft auch die Rechte von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu wahren: „Diskriminierung ist eine alltägliche Realität und muss bekämpft werden, nicht legitimiert.“

Hier der Link zur Studie: <https://mediendienst-integration.de/artikel/wie-wichtig-ist-die-herkunft-von-verdaechtigen.html>

Einer von uns

Hanau: IG BCE trauert um ein junges Mitglied



„Der rassistische Mordanschlag in Hanau hat uns tief betroffen gemacht und erfüllt uns mit Abscheu und Entsetzen“, schreibt die IG BCE in ihrer Mitteilung. Zehn Menschen hat der Täter in Hanau am 19. Februar ermordet. Zu den Opfern gehörte auch ein junges Mitglied der IG BCE, ein junger Kollege, der seit seiner Ausbildung bei Goodyear Dunlop bei der IG BCE war: Anfang 20, beliebt, hochengagiert in der Jugendarbeit, ein Vorbild: „Wir haben einen von uns verloren – durch einen Angriff, der auch ein Angriff auf unsere tiefsten Werte ist.“

Der IG BCE-Vorsitzende, Michael Vassiliadis, kommentierte den Vorfall emotional und in aller Deutlichkeit auf Facebook: „Terror ist immer konkret! Trifft immer konkret Menschen. Egal, woher sie kommen! Es gibt aus gutem Grund in einer Demokratie unterschiedliche Meinungen. Aber man muss sich bei manchen Themen grundsätzlich entscheiden, wo man steht! Rechtsstaat oder Diktatur, Gewalt und Machtmissbrauch oder Demokratie, Solidarität oder Ungleichheit! Es gibt da nichts dazwischen, nichts, das ein dazwischen entschuldigt! Die IG BCE hat in Hanau ein sehr junges Mitglied, einen aktiven Gewerkschafter im Kugelhagel verloren. Wir trauern um alle, die den rechten Macht- und Gewaltgelüsten zum Opfer fielen und sagen allen völkischen, rechtswidrigen Brunnenvergiftungen und Gewalttätern den Kampf an!“

Wissen, was wirklich gespielt wird...

Broschüre des Monats

Ob „der Große Austausch“, die „jüdische Weltverschwörung“ oder „die Lügenpresse“ – Verschwörungstheorien zeichnen ein Bild der Gesellschaft, in dem abgrundtief böse Menschen die Versklavung oder Vernichtung aller „Guten“ anstreben. Damit „erklären“ ihre Anhänger*innen widersprüchliche politische, wirtschaftliche und geschichtliche Ereignisse. Sie entwerfen ein apokalyptisches Bild, aus dem es nur einen Ausweg zu geben scheint: den Kampf der Guten gegen die „Verschwörung“. Verschwörungstheorien greifen damit eine der wichtigsten Grundlagen der liberalen Demokratie an: den Pluralismus. Die Handreichung der Respekt-Initiative der IG Metall und der Amadeu-Antonio-Stiftung, „Wissen, was wirklich gespielt wird... Widerlegungen für gängige Verschwörungstheorien“, soll deswegen dabei helfen, Verschwörungstheorien zu widerlegen und ihre Verbreitung einzudämmen. Dazu wurden einige der aktuell populären Verschwörungstheorien zusammengestellt, die in ihnen enthaltenen Missverständnisse, Lügen und Desinformationen aufgedeckt und ihnen mit Fakten begegnet.

Die Broschüre zum Download findet ihr unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/wissen-was-wirklich-gespielt-wird/



Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand:

Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Marc Neumann (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos:

Gelbe Hand, ver.di, Stiftung gegen Rassismus

Verlag und Produktion:

digiteam
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
info@digiteam.de
Tel.: 0211-779299-0

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

In eigener Sache

Liebe Leser*innen,

die bisherige öffentliche Förderung unseres Magazins „Aktiv für Chancengleichheit“ ist Ende 2019 ausgelaufen. Um Euch auch in der Zukunft die gewohnte Qualität unserer Publikation anbieten zu können, mussten wir Einsparungen vornehmen und haben als Konsequenz die Anzahl der jährlichen Ausgaben von 10 auf 6 reduziert. Wir bitten dafür um Verständnis. Zwischen den Ausgaben laden wir Euch dazu ein, unsere Facebook-Seite zu besuchen. Dort berichten wir regelmäßig über unsere Aktivitäten und aktuelle Entwicklungen im Kampf gegen Rechts.

Euer Gelbe-Hand-Team



Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für die Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. Tobias Agreiter, ver.di, Referatssekretär DGB Bezirk NRW, Köln
2. Sabine Apostel, IG BCE, Vorsitzende des Bezirksfrauenausschusses Berlin-Mark Brandenburg, Mitglied im Bezirksvorstand, VL, Berlin
3. Jonas Banken-Blumenthal, Presse-referent DGB Bezirk NRW, Köln
4. Tarek Bannoura, EVG, Landesverband Jugend, Erfurt
5. Clemens Bien, Organisationssekretär DGB-Region Ruhr-Mark, Iserlohn
6. Hasan Cakir, IG Metall, BR-Vorsitzender/KBR-Vorsitzender Salzgitter Flachstahl, Salzgitter
7. Mirze Edis, IG Metall, 2. stellv. Vorsitzender des BR Hüttenwerke Krupp Mannesmann, Duisburg
8. Sinan Ekiz, Gewerkschaftssekretär DGB-Region Köln-Bonn, Solingen
9. Herbert Feuersänger, IG BCE, Berlin
10. Bettina Gantenberg, ver.di, Vorsitzende DGB SV Bochum, Bochum
11. Marco Gerlitzki, NGG, Mitglied der Tarifkommission, Hamm
12. Katrin Ute Henning, NGG, ver.di, Referentin, Berlin
13. Andreas Krüger, ver.di, Mitglied im Regionalvorstand Lippe, Detmold
14. Tobias Krupp, IG Metall, Organisationssekretär DGB-Region Emscher-Lippe, Remscheid
15. Melanie Maier, Organisationssekretärin DGB-Region Ruhr-Mark, Wuppertal
16. Hauke Meyer, Organisationssekretär DGB-Region Münsterland, Münster
17. Hannes Röder, IG BCE, BuJA-Mitglied, Rehau
18. Mark Rosendahl, ver.di, DGB-Regionsgeschäftsführer Emscher-Lippe, Moers
19. Marlene Seckler, Gewerkschaftssekretärin DGB-Bereich NRW, Essen
20. Dirk Schmitz-Steinert, IG BCE, Gewerkschaftssekretär Bezirk Karlsruhe, Karlsruhe
21. Sascha Schwert, IG BCE, Freigestellter Betriebsrat, Hürth
22. Daniela Teppich, Gewerkschaftssekretärin DGB Region Bremen-Elbe-Weser, Bremen
23. Matthias Wilhelm, IG Metall, 1. Bevollmächtigter der Geschäftsstelle Salzgitter-Peine, Kissenbrück
24. Daniela Zinkann, Abteilungsleiterin DGB-Bereich NRW, Krefeld

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank

Giovanni Pollice, Vorsitzender